

Prof. Dr. Georgi Markov

DER ZUSAMMENBRUCH DES KOMMUNISMUS IN EUROPA.

URSACHEN, ÄNDERUNGEN, FOLGEN

Ziemlich lang bevor Karl Marx und Friedrich Engels ihr Werk „Das kommunistische Manifest“ verfasst haben (1848), ließ Sir Thomas Mopor 1516 eine kleine Lektüre „Die neue Insel Utopia“ (Insel, die es nicht gibt) veröffentlichen. Genau auf diese Weise fand „die glänzende Zukunft“ für die Völker Ost- und Südosteuropas nicht statt. Umsonst blieben die Riesenanstrengungen und Millionen Opfer für die Verwirklichung des „glorreichsten sozialen Experimentes“ der Weltgeschichte. Heute behaupten seine Prediger zwar, man habe den „entwickelten Sozialismus“ erreicht, und versuchen damit, ein „Ende der Geschichte“ zu setzen, in Wirklichkeit aber waren die kommunistischen Parteien Jahrzehnte an der Macht, ohne im Stande zu sein, die unterworfenen Völker zum „Wohlstandsparadies“ zu führen. Der sowjetische Generalsekretär und erstes Staatsoberhaupt Nikita Chruschtschow verkündete vor dem 22. Parteitag der KPdSU im Herbst 1961 (das Jahr des Mauerbaus in Berlin), dass die Sowjetbürger schon 1980 „im Kommunismus leben werden“, was von allen weniger mächtigen Diktatoren buchstäblich wiederholt wurde. In Wirklichkeit hauste die hohe Nomenklatur „wirklich wie im Kommunismus“, aber so eine „sozialgesellschaftliche Ordnung“ wurde nirgendwo geschaffen.

Um zu verstehen, „was der Kommunismus darstellt“, muss man im Voraus seine tief verwurzelte Kausalität genau kennen, weil seine Doktrin nicht nur durch Anwendung von Massengewalt vor sich geht. Der Kommunismus entwickelt sich in Religion der Benachteiligten, deren Vision ziemlich profan ist: wenn der Reichtum nicht für alle reicht, dann ist die Gleichheit der Armut zu bevorzugen. Im Laufe der Banken- und Fabrikverstaatlichung unterstützen die „Werkstätigen“ mit Applaus die Vergeltung gegen die „Ausbeuter“. Etwas später beraubt die kommunistische Macht die Werkstätten, die Läden, die Kneipen und die Landgüter, aber dann ist es zu spät, zu protestieren. Der kommunistische Staat hat alle Ressourcen in der Hand und verteilt das soziale Produkt je nach der politischen Hierarchie und der Musterzuverlässigkeit. Die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei

bedeutet viel mehr als die Karriere, nämlich tiefe Überzeugung. Die Zahl der Parteigenossen wächst immer mehr, die der Kommunisten immer weniger.

Seiner Natur nach ist der Mensch so geschaffen, dass er seiner Pflicht getreu unversehrt bleiben soll. In der „freien Welt“ sind die Fragen nach Brot und Freiheit gleich und man braucht nicht zur Wahl zu schreiten. Die Lebensfrage „Brot oder Freiheit“ im Rahmen des Sozialismus hatte bei uns eine einfache Antwort: „Lieber am Leben, obwohl im sozialistischen Lager eingesperrt“. Es ist jedoch Tatsache, dass Hunderttausende ihre „Tagesration“ ablehnten und sich gegen die kommunistische Ordnung erhoben, was sie mit Leben und Leiden bezahlten. Von den Millionen der „breiten Volksmasse“ kann man keine Bereitschaft erwarten, tote Helden zu werden. Das zuletzt Gesagte spricht den Opportunismus der „Schrauben des Systems“ nicht von der Schuld frei, aber weckt ein gewisses Verständnis bei den vernünftigen Menschen.

Obwohl das System auf einem allgemeinen Grund errichtet worden war, besaß es verschiedene Gesichter. In Polen und Ungarn gab es eine Möglichkeit der Äußerung. Anders war es in der DDR, Tschechoslowakei und in Bulgarien. Eine dritte Art von Benehmen zeigten Rumänien und Bulgarien. Jugoslawien stellte einen „Sonderfall“ dar. In jedem einzelnen „sozialistischen Land“ erreichte „die Wurzel des Kommunismus“ verschiedene Tiefen, und deswegen konnte der „Ausrottungsprozess“ nicht überall mit gleichem Tempo verlaufen. Trotz aller Versuche zur Egalisierung, zeigte die historische Entwicklung und die Lebensqualität enorme Unterschiede. **Die Hinterlassenschaft in den Bereichen der Kultur und der Religion bewies auch Vielfältigkeit, geschweige denn, dass die Geschichte des Kommunismus gar nicht endet.** Die Monolithenheit „des Sowjetblocks“ war nur eine Erfindung der kommunistischen Propaganda. Der Warschauer Vertrag musste ganz ernste Krisen durchmachen.

Selbst die Errichtung der Berliner Mauer war ein offen abgelegtes Bekenntnis der Angst und Schwäche vor der „freien Welt“. Die Menschen unternahmen Fluchtversuche, da sie dort eine bessere Zukunft erwarteten. Als Ironie der Geschichte hat der Sohn des „unverbesserlichen Optimisten“ Sergej Chruschtschow, der gedroht hatte, „den Kapitalismus zu begraben“, nach einer Vielzahl eingereicherter Anträge das Glück, stolz auf seine USA-Staatsangehörigkeit zu

sein. Die Kinder der „Nomenklaturgrößen“ „wählten die Freiheit“ – ein anschaulicher Beweis dafür, wer das Recht beim Ost-West-Zusammenstoß hatte.

Es ist üblich, von einem „Fall“ der Berliner Mauer zu reden, aber in Wirklichkeit fiel die Mauer infolge der Anstrengungen der beiderseitig Geteilten. Dieses Denkmal des „Kalten Krieges“ teilte nicht nur Berlin, sondern diente als Symbol des geteilten Europas und der geteilten Welt. Das bedrückende Gefühl, auf Straßen zu gehen, die ins „Nirgendwo“ führen, gab kein Selbstbewusstsein im Sinne der „Überlegenheit des Sozialismus“. Seit 15 Jahren existiert die Berliner Mauer nicht mehr, aber ihre Spuren sind noch nicht verwischt. Sie hielt dem Druck der fest entschlossenen Völker und Politiker, die keine Trennungsmauer, sondern Brücken zwischen dem Westen und dem Osten errichten wollten, nicht stand.

Die friedlichen Revolutionen von 1989 waren zu zart, um das System ganz und auf einmal zu beseitigen. An Straßen und Plätzen nahmen die begeisterten Leute daran teil und hofften dabei auf ein besseres Leben, aber der Übergang erwies sich als mühsam und lang, besonders was Bulgarien, Rumänien und Albanien betrifft. Das System erwies sich nicht als ausgetauscht, sondern als allmählich verändert. Zurzeit verläuft das alles durch Transformation der politischen zur sozialen Macht und umgekehrt. Die Hauptfrage der Revolution ist nicht die Parteivielfältigkeit der Demokratie, sondern der Übergang des Staats in die Hände des Privateigentums. Die „neuen Reichen“ sind Strohmänner, die man hintereinander von der Bühne nimmt, um die wahren Besitzer mit ihrer Absicht, den Staat wieder zu regieren, ans Tageslicht kommen zu lassen. Zwar schränkt die Demokratie nicht das Recht ein, sich als Kommunist zu bezeichnen, die zusammengesetzte Kategorie „Kommunist-Kapitalist“ klafft jedoch weit auseinander.

„Die neuen Demokratien“ behandeln die von der politischen Macht gestürzten kommunistischen Funktionäre mit seltsamer Nachsicht. Die Letztgenannten stützen sich auf die Macht des Kapitals. Die Opfer verlangen keine Vergeltung, sondern Gerechtigkeit. In den ersten Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer bangte die ungefärbte Nomenklatur um ihre Zukunft. Als aber „das Schlimmste“ für sie nicht eintraf, kam sie wieder zu sich und tagte schon auf kapitalistische Art und Weise. Die Verteilung des Staatseigentums nach dem Prinzip: „Es gibt für uns, es gibt auch für euch“ übt schon ihre moralischen Folgen auf den

Sinn des Übergangs aus. Auf diese Weise verwirklicht sich der Wunsch der „ehemaligen Genossen“, alle und alles zu besudeln, nach dem in Bulgarien weit bekannten Motto: „Alle sind Frechdachse!“. Das Volk fügt auch die bittere Einschätzung hinzu: „Die Kommunistische Partei Bulgariens teilt sich in die Sozialistische Partei und den Bund der demokratischen Kräfte“.

Die Geldentschädigungen für die Opfer des Kommunismus genügen nicht, weil das Leben der Betroffenen zerschmettert ist. Diejenigen, die vor 1989 Objekt der Repressalien waren, werden heute von der neuen Macht unter dem Vorwand, dass sie zum Schaden des Übergangs „Revanchisten“ seien, zur Seitenlinie gedrängt. Im Unterschied zur DDR, wo das Stasi-Archiv noch mit dem Fall der Berliner Mauer erstürmt wurde, vernichtete man in Bulgarien das Archiv planmäßig im Laufe von Monaten. Wahrscheinlich sind die wichtigsten Stücke an eine „sichere Adresse verfrachtet“, damit sie eines Tages im zweckmäßigen Augenblick ans Tageslicht kommen können. Es ist zwar wahr, dass den Bürgern für gewisse Zeit freier Zutritt zu „ihren“ Akten gestattet wurde, aber die Frage besteht darin - was ist eigentlich von ihnen übrig geblieben? Heute stehen die Geheimdienste wieder in der direkten Kontrolle der ehemaligen kommunistischen Nomenklatur, und deswegen fällt den Historikern die Rolle zu, sich an die Parteiarchive zu wenden, um die entstandenen Lücken auszufüllen. Die vergangenen 15 Jahre können weder in der ehemaligen DDR, geschweige denn in den andern sozialistischen Ländern die vom Kommunismus zugefügten Wunden und Narben heilen und verwischen. Um die Hinterlassenschaft des Sozialismus zu begreifen, muss die „sozialistische Epoche“ ganz gründlich unter die Lupe genommen werden. Die Historiker sind aber durch die Vergangenheit belastet und deswegen fällt es ihnen mehr oder weniger schwer, sich selbst von den erlebten Jahren zu distanzieren. Die Hoffnung ist mit der jungen Generation verbunden, für die der Kommunismus eine vergangene historische Epoche und keine Erinnerungsquelle darstellt. Die Gelehrten aus den ehemaligen sozialistischen Ländern sollten mit vereinten Kräften und durch Vergleichs- und Gegenüberstellungsmethoden alle Erscheinungen des über 45 Jahre herrschenden Systems erforschen. In Europa ist der Kommunismus einem neuen Nürnberger Prozess entwichen, weil das Ende des „Kalten Krieges“ nicht dem des Zweiten Weltkrieges ähnlich ist. Sieger und Besiegte schlossen „Friedensabkommen“. Angesichts der Notwendigkeit, einen Ausweg aus der in der Gesellschaft geladenen Wut zu finden, hatten die Gerichtsverfahren gegen einzelne

kommunistische Funktionäre einen Mustercharakter. Der bulgarische Diktator Todor Živkov wurde nicht wegen Repressalien gegen Dissidenten, sondern wegen rechtswidriger Verteilung von Wohnungen und Autos angeklagt. Der „friedliche Übergang“ bietet den kommunistischen Parteien die Möglichkeit, als „sozialistische“ Formation aufzuerstehen und auf diese Weise in die parteipolitische Struktur der Europäischen Union – z.B. als Christliche Demokratie, Liberaldemokratie, Sozialdemokratie – eingetragen zu werden. Die Mehrheit von ihnen sind schon Mitglieder der Sozialistischen Internationale, was ihnen auch internationalen Status gewährleistet.

Eine große Gefahr für die „neuen Demokratien“ besteht im Versuch, die Privatisierung des Staatseigentums in Privatisierung der Staatsmacht zu verwandeln. Die „graue“ (halböffentliche) Wirtschaft verfügt über ihre eigene Lobby und erhält die Korruption auf allen Niveaus der Macht. In der Regel handeln die Politiker im Rahmen der Macht, um sich vom Konto der Öffentlichkeit zu bereichern. Die von den ehemaligen Geheimdiensten formierten „Kraftgruppierungen“ sind eng mit der organisierten Kriminalität verbunden, und die dadurch entstandenen „Privatarmeen“ blamieren die Autorität des Staates. Der einfache Mensch ist wieder gezwungen, das zu berücksichtigen und zu gehorchen.

Der Systemwechsel machte es den „sozialistischen Menschen“ unmöglich, ihr eigenes Schicksal selbst zu schmieden. Zwar verfolgte die kommunistische Macht damals Dissidenten, hatte jedoch auf ihre eigene Weise die loyalen Untertanen gepflegt und gehegt. Im Allgemeinen sicherte sie einen niedrigen Lebensstandard, was für jeden Brot, Gesundheitswesen, Ausbildung und eine Plattenbauwohnung bedeutete. Auf einmal schwanden diese „Grunderrungenschaften“ und heute muss sich jeder auf seinen Unternehmergeist verlassen. Im Laufe der wirtschaftlichen Krise schließt man Tausende von Unternehmen, infolge dessen sind Millionen Arbeitslose an der Tagesordnung. Das Trugbild des Wohlstandes entfernt sich von der Wahrheit, wie damals die versprochene „glänzende Zukunft“, und die an ihre Existenz Glaubenden fühlen sich zum zweiten Mal betrogen, weil das von ihnen im Laufe von Jahrzehnten Geschaffene von den „neuen Reichen“ beraubt worden ist.

Die Armen können nicht frei sein. Gestern waren sie von der Nomenklatur abhängig, heute sind sie es von der Kleptokratie. Bis zum Jahre 1989 war Privateigentum ein „Schimpfwort“. Heute sei der Staat „verdorbener Wirt“, auf dessen Hilfe keiner hoffen soll. Die krassen Gegensätze in der Gesellschaft zwischen einer handvoll Steinreichen und Millionen Betrogenen stellen die Vorraussetzung für neue Soziomerschütterung dar. Die großen Lügen aller politischen Parteien vor der Wahl sind das Schaffen einer „Mittelklasse“ und die „Umwandlung des sozialistischen in einen Sozialstaat“, deren Versprechen sonst von Anfang an als Erfolg versprechend erscheinen.

Eine weitere wichtige Frage im Dasein des ehemaligen „sozialistischen Menschen“ ist der Mangel an persönlicher Sicherheit. Der Bürger spricht frei, es gibt jedoch keinen, der ihm zuhört. Statt dass die Verbrecher im Gefängnis landen, schließen sich die erschrockenen Untertanen hinter Panzertüren und Fenstergitter ein. Das zuletzt Gesagte ist auch ein Zug der „Ehemaligen“, die schadenfroh grinsen: „Ihr wolltet doch Demokratie? Ätsch! Früher gab es zwar die Stasi, aber Ordnung gab es auch!“ Allmählich verlieren die Enttäuschten ihren Glauben, lehnen Wahlen ab und geraten in Sehnsucht nach jener „glänzenden Vergangenheit“, als die politischen Häftlinge Schulter an Schulter mit den Kriminellen im Gefängnis saßen. So gedeiht der neue Traum nach der Macht der „eisernen Hand im Samthandschuh“. Heute ist das höchste Ranking (weit vor dem Präsidenten und dem des Premiers – es lohnt sich nicht das Parlament zu nennen) in dauerndem Besitz eines Generals der Polizei. In Wirklichkeit ist diese Tatsache eine direkte Ohrfeige ins Gesicht der selbsternannten „politischen Klasse“.

Ein die Rede- und Pressefreiheit einschätzender Intellektueller ist im Stande, Schicksal ergebend zu sagen: „Ich bin sehr enttäuscht, aber bedaure es nicht!“ Die Mehrheit der „Befreiten“ ist anderer Meinung: „Die Demokratie ist nicht zum Essen und macht nicht warm“. Der Staat dankt vom Gesundheitswesen und von der Ausbildung ab, was zur „Verlumpung“ der Gesellschaft führt. Heute ist in Bulgarien der Henkerhumor in Mode: „Die regierenden haben die Todesstrafe abgeschafft, es wurde jedoch die Reform des Gesundheitswesens eingeführt“. Zur gleichen Zeit sausen Limousinen durch die Straßen von Sofia, die einen Wert von über 375.000 Euro pro Stück haben. Die Dreistigkeit der

Emporkömmlinge ruiniert jeden Tag das Vertrauen in die Gerechtigkeit und führt zur bitteren Schlussfolgerung, dass „keiner auf ehrliche Weise reich werden kann“.

„Das sozialistische Lager“ verfügt über nie da gewesene Militärmacht und totale Kontrolle über die Gesellschaft. Die Sowjetologen nahmen so einen stürmischen Zerfall der Sowjetunion gar nicht an und waren sogar von ihrem schnellen Verschwinden ganz angenehm überrascht. Wann fing eigentlich die Zersetzung des Systems an, und wer hat sie von innen verraten? Wie seltsam es auch klingen mag, selbst die Nomenklatur glaubte nicht an die glänzende Zukunft des Kommunismus, weil sie am besten wusste, dass es zur Verwirklichung einer solchen Gesellschaft sogar nach 100 Jahren nicht kommen kann. Viele „Parteigenossen“ erwarteten mit Ungeduld das Scheitern des proklamierten „Umbaus“ („Perestrojka“), um das „Ihre“ von dem Staatseigentum, welches sie geleitet, aber nicht besessen hatten, zu entnehmen. Die Privilegien der Nomenklatur können mit den nach den friedlichen Revolutionen seit 1989 von ihr exproprierten unzählbaren Reichtümern nicht in Vergleich stehen. Die Todsünde des Westens besteht darin, dass er am Export der Milliarden der „roten Oligarchie“ teilnahm und mittels Bankgeheimnisses die durch Raub gehäuften Konten bemäntelte. Dem Sozialismus gelang es nicht, sein „menschliches Gesicht“ zu repräsentieren, aber wird das dem Postkommunismus einfach von der Hand gehen?

Kommunismus ist nicht nur ein System, sondern auch Erziehung, Lebensunterhalt und Erinnerungen, die man nach dem Fall der Berliner Mauer angesichts der unverhofft eingetretenen Gegenwart verdreht und verschönert. Wegen der Unfähigkeit, „das alte durch das neue“ Denken zu ersetzen, konnte der „Umbau“ des Reform-Kommunisten Michail Gorbatschow nicht bis zum Ende verwirklicht werden. Der erwähnte Prozess verläuft heute noch. „Das neue Denken“ gedeiht nicht in „alten Rüben“, aber gleichzeitig sei es nicht demokratisch „die Köpfe zu ersetzen“ – was jedoch Bolschewiken ihrer Zeit getan haben. Am schwersten ist es, die Wand in den Köpfen zu beseitigen! 45 Jahre Kommunismus können nicht in nur 15 Jahren überwunden werden. Wahrscheinlich braucht man dafür genauso viel Zeit. Einst hatte Moses für die Juden einen Ausweg aus dem ägyptischen Joch gefunden, aber ließ sie weitere 40 Jahre durch die Wüste irren, bis neue Generationen das Licht erblickten und dort aufwuchsen. Diese Berufung auf die Bibel ist kein Trost für diejenigen, die glücklich

jenseits des „eisernen Vorhangs“ lebten, aber ist ganz real für diejenigen die diesseits existierten.

„Das Gespenst des Kommunismus“ der Epoche von Marx, Engels und Lenin streift nicht mehr durch Europa, was aber nicht bedeutet, dass es endgültig und vollständig verschwunden ist. Obwohl unter anderen Formen, bleibt der Kommunismus rings um Europa erhalten. Die Ideologie ruft den Kommunismus nicht zum Leben, sie erklärt und doktriniert ihn. Das heißt – für mich besteht die Schlüsselfrage nicht darin, ob es den Kommunismus noch gibt oder ob er auf den „Misthaufen der Geschichte“ geschleudert worden ist. Wichtiger ist es, die Ursache zu beseitigen oder zu begrenzen, die zum Traum von der „glänzenden Vergangenheit“ führen. Durch das Letztgesagte versuchen die „Kommunist-Kapitalisten“, die zu ihren Zeiten trügerische „glänzende Zukunft“ zu ersetzen. Diese ehemaligen „vertrauensvollen Genossen“ überlassen den Traum den Völkern. Für sich behalten sie „die Errungenschaften“ des Kapitalismus. Gegen ihren Willen muss der Historiker davor warnen, dass die Gespenster nicht aussterben.

Prof. Dr. Georgi Markov

(Direktor des Instituts für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften Bulgariens, Sofia)